

FDP M-V

Wahlprüfsteine des DJV MV zur Landtagswahl 2021

1. Thema Presse- bzw. Medienfreiheit

a) Welche Bedeutung messen Sie der Pressefreiheit bei?

Die durch Art. 5 Abs. 1 GG geschützte Freiheit der Presse, der Meinungsäußerung und Information sind Grundpfeiler unserer liberal-demokratischen Gesellschaft. Sie sind essenziell für einen funktionierenden Rechtsstaat und eine gelebte Demokratie. Presse- und Medienfreiheit sind Grundlagen einer freien Willensbildung und somit elementar für eine plurale, offene sowie demokratische Gesellschaft und für ein selbstbestimmtes Leben.

b) Durch welche Maßnahmen wollen Sie gewährleisten, dass Journalistinnen und Journalisten ihre Arbeit ungehindert ausüben können?

Wir verurteilen jede Gewalt, sei es körperlich oder im digitalen Raum, gegen Journalistinnen und Journalisten. Die FDP hat sich immer klar für eine Stärkung der Rechte der Berufsgruppe positioniert. Wir wollen einerseits die Bedeutung von Pressefreiheit in der schulischen Bildung aber auch im Rahmen der Polizeiausbildung stärker hervorheben.

Durch eine Schulung der Sicherheitskräfte im Medienrecht und im Umgang mit Journalistinnen und Journalisten werden diese in ihrer Berichterstattung weniger eingeschränkt. Zudem wollen wir dabei unterstützen, dass Journalistinnen und Journalisten besser für den Umgang mit Bedrohungen auch aus dem digitalen Raum geschult werden und durch einen Ausbau der Polizei in diesem Bereich mehr Sicherheit geboten wird.

c) Neuerdings schränken Gesetze wie das Sicherheits- und Ordnungsgesetz die Medienfreiheit ein, weil der Berufsgeheimnisschutz im Journalismus und damit der Schutz journalistischer Quellen nicht mehr ausreichend garantiert sind. Würden Sie das Gesetz in dieser Hinsicht ändern? Was wollen Sie dagegen unternehmen?

Der Berufsgeheimnisschutz im Journalismus und der wichtige Schutz journalistischer Quellen hat für uns eine herausgehobene Bedeutung. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Bedeutung bei allen SOG-Novellen ausreichend berücksichtigt wird.

2. Thema Auskunftspflicht

Bei Kommunen, Bürgermeistern, Ministerien – kurzum öffentlichen Einrichtungen - gibt es eine Auskunftspflicht gegenüber Medienvertretern. Doch wird sie nicht immer eingehalten. Wie wollen Sie gewährleisten, dass Journalisten zu ihrem Recht kommen?

Die Auskunftspflichten sind selbstverständlich einzuhalten. Neben einer besseren Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Medienrecht könnte durch eine Digitalisierung der Ämter und Verwaltungen ein größerer Teil der Daten als *open data* für die Journalistinnen und Journalisten zugänglich gemacht werden.

3. Thema Landespressegesetz

Das Landespressegesetz stammt aus dem Jahr 1993. Seitdem hat sich im Medienbereich enorm viel getan. Auch zur inneren Pressefreiheit gibt es moderne Vorstellungen. Wie wollen Sie das Gesetz in der nächsten Legislaturperiode den Erfordernissen anpassen?

Wir setzen uns für ein modernes Presse-, Medien- und Rundfunkrecht ein, das eine klare und nachvollziehbare Trennung zwischen verschiedenen Medienformaten findet und den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Durch die zunehmende Medienvielfalt sehen wir die Chance zu größerer Meinungspluralität und innerer Pressefreiheit. Maßnahmen, diese weiter zu steigern, finden unsere Unterstützung.

4. Thema Tariftreue

In der M-V Medienlandschaft ist Tariftreue die Ausnahme. Wie wollen Sie die Tarifbindung in dieser Branche stärken und dafür sorgen, dass auch Freiberufler gebührend entlohnt werden?

In der Sozialen Marktwirtschaft ist es Aufgabe von Gewerkschaften und Arbeitgebern, sinnvolle Tarifverträge zu vereinbaren. Wir appellieren an alle Beteiligten, sich dieser Verantwortung bewusst zu sein und journalistische Leistung angemessen zu vergüten. Auch die Arbeit des Journalistenverbands, unfaire Honorar- oder Gehaltsbedingungen anzusprechen, werden wir politisch unterstützen, ohne uns aber in Tarifverhandlungen einzumischen.

5. Thema Medienkompetenz

Informationen kommen in vielen Gewändern und auf vielen Kanälen daher. Nicht immer basieren sie auf Fakten und solider Recherche. Und nicht immer können Menschen zwischen verlässlichen

Informationen und Fake News unterscheiden. Stichwort Medienkompetenz: Wie wollen Sie diese stärken?

Medienkompetenz muss stärker in den Schulen vermittelt werden. Wir wollen die Fähigkeiten der Kinder und Jugendliche dahingehend stärken und hier bereits früh ansetzen. Es ist somit ein Teil des staatlichen Bildungsauftrages Strategien zum Erkennen von Falschmeldungen und zum kritischen Denken zu vermitteln. Auch über die Volkshochschulen sollte hier ein Angebot zur Erwachsenenbildung vorgesehen werden.

Gleichzeitig sehen wir die Medien auch in der Verantwortung, möglichst gründlich und ausgewogen zu arbeiten und in der öffentlichen Debatte Fake-News zu entlarven.

6. Thema Medienvielfalt

a) Welchen Stellenwert hat Medienvielfalt für Sie?

Medienvielfalt bildet die Pluralität der Meinungen ab und ermöglicht Debatten aus verschiedenen Blickwinkeln darzustellen. Durch verschiedene Schwerpunktsetzungen und die Befassung mit Nischenthemen bringt die Medienvielfalt auch einen Mehrwert für die Gesellschaft.

b) Wie wollen Sie den Medienstandort M-V so stärken, dass sich in allen Regionen des Landes mehr Medienvielfalt entwickeln kann?

Durch die regionale Aufteilung des Bundeslandes zwischen drei größeren Zeitungshäusern herrscht vielfach wenig Medienvielfalt. Wir sehen insbesondere den Ausbau der Online-Angebote, eine flächendeckende Breitbandversorgung vorausgesetzt, als vielversprechende Möglichkeit, mehr Pluralität schaffen, wodurch auch die etablierten Anbieter ihren Leserinnen und Lesern neue Formate anbieten werden.

7. Thema öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Welche Bedeutung hat für Sie der gebührenfinanzierte öffentlich-rechtliche Rundfunk? Wie sehen Sie die zukünftige Entwicklung und wie wollen Sie die Finanzierung sichern?

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk erfüllt eine wichtige Funktion in der Medienlandschaft, indem er staatlich garantiert und finanziert eine verlässliche neutrale Sichtweise und Berichterstattung zu aktuellen Themen liefert. Die Finanzierung aus Gebühren und nicht aus selbst erwirtschafteten Mitteln verlangt jedoch auch einen sorgsamem und demokratisch legitimierte Umgang

mit den eingezogenen Gebühren. Wir stellen uns daher einen schlankeren öffentlichen Rundfunk vor, der sich auf die Kernaufgabe der Nachrichten und Informationssendungen und Formate fokussiert. Unterhaltungs- und Sportsendungen, zumindest im Profibereich, die für einen großen Teil der Kosten sorgen, können und sollten der Privatwirtschaft überlassen werden. Zumal das Angebot mittlerweile reichhaltig genug ist, um alle Interessen auch abzudecken.